

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Bormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Bei der Abgabe einzelner Blätter  
kann auch die Redaction zuge-  
schrieben werden.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Literatur an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 9 Uhr.  
In den Sälen für Inf.-Anstalt:  
Otto Riemer, Universitätsstr. 22,  
Königs Platz, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 7 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 25. Juli 1879.

Nummer 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,  
incl. Frachtlohn 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 30 Pf.  
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserate 50 Pf. per Zeile 20 Pf.  
Werbere-Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.

73. Jahrgang.

№ 206.

## Bekanntmachung.

Von dem am 30. vor. Mon. zum Verkauf verfügbaren 8 Banplätzen an der alten Mauer und an der Mauerstraße sind nur die mit Nr. 20—23 bezeichneten für die darauf gethanen Gebäude zu geschlagen worden und entfallen wir daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen vier hiermit ihrer Gebote.  
Leipzig, den 22. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Gerull.

## Bekanntmachung.

Der mittlere Theil des Gerichtsweges vom Eingange nach dem Güterschuppen des Eisenburger Bahnhofes bis an den Eingang nach der Personenhalle wird der vorzunehmenden Pfahlarbeiten wegen vom Montag, den 22. Juli d. J. ab bis zur Fertigstellung der Pfahlarbeiten für den Fahrverkehr gesperrt. Der Zugang zum Güterschuppen des Eisenburger Bahnhofes ist von der Hospitalstraße, der nach der Personenhalle von der Dresdener Straße resp. dem Täubchenwege zu nehmen.  
Leipzig, den 24. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Bangemann.

## Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind  
der Barbier und Friseur Herr Ferdinand Robert Dedelmann, Seifertstraße 24a parterre wohnhaft,  
der Bräutammann Herr Friedrich August Hilbrandt, Biesenstraße 24, Souterrain wohnhaft,  
der Defonon Herr Julius Heinrich Gramme, Sidonienstraße 9, IV. wohnhaft,  
der Maschinenbauer Herr August Friedrich Wilhelm Wesenberg, Weißstraße 39 part. wohnhaft,  
der Buchbinder Herr Peter Heinrich Andresen, Neudorferstraße 4, II. wohnhaft,  
der Kaufmann Herr Christian Andreas Samuel Rattibias, Thalstraße 31 parterre wohnhaft  
und  
der Bictualienhändler Herr Gustav Adolph Schindler, Nagajungasse 7 parterre wohnhaft  
zur genehmiglichen Ausübung der mikroskopischen Fleischschau verpflichtet worden.  
Leipzig, am 19. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Kretschmer.

## In den Landtagswahlen in Sachsen.

Der Zeitpunkt der Landtagswahlen rückt näher; dieselben sollen dem Vernehmen nach in den ersten Hälfte des September stattfinden. Es ist daher doch an der Zeit, daß die reichstreuen Liberalen in unserer Lande sich — namentlich dort, wo Wahlen vorzunehmen sind — fester zusammenschließen, die Säden ihrer Organisation noch zu guter Letzt nach Möglichkeit ergänzen und in die Wahlvorbereitungen eintreten. Für Letztere ist ja freilich die jetzige Zeit der Sommerfrische, der politischen Eifersucht und Erholung keine sehr günstige; das darf aber nicht abhalten, die erforderliche Thätigkeit rechtzeitig zu entfalten; wir können sonst leicht in die Gefahr kommen, von anderen schon jetzt ziemlich tüchtigen conferativen Gegnern überrollt zu werden.  
Mehr als je hat diesmal das liberale Bürgerthum Ursache, wachsam und thätig zu sein. Der „conservative Hauch“, von dem man früher sprach, ist seit geraumer Zeit mehr und mehr zu einer starken conservativen, ja reactionären Stimmung angewachsen, im Reichstage hat eine ultramontan-conservative Mehrheit das Wort in die Hand genommen, und der leitende Staatsmann hat sich grollend von dem seither mit ihm verbündeten Liberalen abgewandt, deren Vertrauen in seine Politik durch seine Annäherung an das Centrum und durch den Rücktritt des Galusministers Dr. Falk tief erschüttert ist. Solche Vorgänge sind natürlich nicht geeignet, den reichstreuen Liberalismus in den Einzelstaaten zu stärken, am allerwenigsten in Sachsen, wo sie vielmehr den schon ohnehin so einflußreichen reactionär-parcialistischen Elementen neue Nahrung zugeführt haben. Man hört denn auch die Conferativen nicht nur sehr festgesichert von der Behauptung ihrer alten Wahlkreise, sondern auch von der Eroberung der seither von den Liberalen eingenommenen Plätze sprechen; sie sprechen dabei auf die Spaltungen, oder, sagen wir besser, auf die Meinungsverschiedenheiten, die in Folge der wirtschaftlichen Interessenkämpfe im liberalen Lager selbst ausgebrochen sind, und hoffen, mit Hilfe wirtschaftspolitischer Schlagwörter einen Theil der Liberalen zu sich herüber zu ziehen.  
Allen solchen Einschüchterungen und Lockungen gegenüber gilt es, mannhaft Stand zu halten und wenigstens dafür abzulegen, daß es noch freisinnige Bürger in Sachsen giebt, die sich durch Interessenfragen nie und nimmer von ihren politischen Zielen und Grundfragen abwenden lassen, freisinnige Bürger, die wohl in einzelnen Zwischenschritten, z. B. in Betreff der Nothwendigkeit dieses oder jenes Schwaigels, auseinandergehen können, darin aber nach wie vor einig sind, daß sie keine politische Umkehr, keine Reaction wollen, daß sie eintreten für gesetzliche Freiheit, für stetigen Fortschritt in Gesetzgebung und Verwaltung, in Kirche und Schule, für eine würdige, aber maßvolle Fortentwicklung unserer öffentlichen Einrichtungen und Anstalten, für die sie Opfer zu bringen bereit sind, bei der sie aber auch die Steuerkraft des Volkes geschont wissen wollen. Das ist es, worauf es ankommt. Die wirtschaftlichen und generellen Versprechungen, welche die Conferativen als Lockheile auswerfen lieben, haben mit den Landtagswahlen Nichts zu schaffen; denn diese Fragen gehören gar nicht vor den Landtag. Man lasse sich also durch solche Nebenarten nicht irre und fixe machen. Man bringe vielmehr darauf, daß das Budget mit möglicher Sparsamkeit aufgestellt und vereinbart werde, daß neue Eisenbahnlinien, kostspielige Bauten und sonstige Luxusunternehmungen, an deren Folgen der Steuerzahler schwer zu leiden hat, vermieden werden, und daß die Entlastung, die den Bevölkerung der Einzelstaaten als Frucht der Zoll- und Steuerreform im Reich in Aussicht gestellt worden ist, auch wirklich eintrete und in Form von Steuererleichterungen dem Sadel des Bürgers zu Gute komme. Das sind Fragen, die den Landtag angehen, und nur solchen Candidaten, die dort in der angegebenen Richtung gewirkt haben oder fernerhin wirken wollen, kann ein wahrhaft

vollfreundlicher Mann seine Stimme geben; denn sie dienen, indem sie das freie Bürgerthum vertreten und von dem verfassungsmäßigen Rechte der Prüfung aller Vorlagen und Maßregeln der Regierung ernsthaften Gebrauch machen, zugleich am besten den wahren Interessen unseres Landes. In diesem Sinne wird denn auch der Reichsverein für Sachsen und werden die ihm naheliegenden Vereinigungen guten Rathes in die Wahlbewegung eintreten, und sie hoffen, hierbei von allen unabhängigen und freisinnigen Bürgern im Lande kräftig unterstützt zu werden.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. Juli.

Die veränderte Frontstellung des Centrums wird wieder einmal recht deutlich gekennzeichnet durch die Aufnahme, welche der Vorschlag zweijähriger Budgetperioden in dem leitenden Blatte der Partei, der „Germania“, gefunden. Während noch vor einem halben Jahre, bei dem Gespenstwesen über die parlamentarische Strafgewalt, die Redner des Centrums nicht genug Worte der Entstellung finden konnten über das Ritterat auf die Würde und die Rechte der Volkvertretung und noch vor der Beratung der Vorlage im Reichstage von ultramontaner Seite ein Sturm der Opposition in den preussischen Landtagen hervorgerufen wurde, findet die „Germania“ heute gegen einen Vorschlag, der doch die Rechte und die Stellung des Reichstages in ganz unangenehmer Weise herabdrücken würde, kein Wort des Unwillens. Das Blatt hält vielmehr die Frage für wohl diskutierbar, und wenn es dem Vorschlag auch nicht unbedingt Beifall giebt, vielmehr an der alljährlichen Berufung des Reichstages auch nach Einführung zweijähriger Budgetperioden festhalten will, so behält es sich doch „vorurtheilslos“ vor, welcher Partei beizugehen, welche Vorurtheile und Sachlichkeit bisher stets ganz fremde Begriffe gewesen. Man will sich eben wieder ein neues Handelsobject bereit stellen, falls das Geschäft auf Grund der ultramontanen Verdienste um die Zoll- und Steuerreform noch nicht zu Stande kommt, aber für weitergehende Wünsche des Centrums noch weitere Gegenstände nötig sind. Man sieht, von welcher Wichtigkeit für unser gesamtes politisches Leben im gegenwärtigen Augenblick jeder Fortschritt und jeder Rückgang in den Verhandlungen mit der Curie ist. Das Centrum ist bereit, seine Hilfe zu jeder Art von Reaction zu bieten, auf der anderen Seite aber auch sichtlich entschlossen, sofort wieder in die alte Opposition abzuschwenken, je nach dem Stand der Sachen im Culturkampf.

Ganz positive und unzweifelbare Mittheilungen, daß Monsignore Rasella wirklich in Klagen angekommen sei, liegen auch heute noch nicht vor, doch wäre wohl ein schneller Dementi von offizieller Seite zu erwarten gewesen, wenn die Thatsache nicht richtig wäre. Da entsteht denn wieder die Frage: Was ist das nächste Endziel der Verhandlungen, die jetzt wie im vorigen Jahre zwischen dem leitenden deutschen Staatsmann und dem offiziellen Vertreter der römischen Curie bei einer deutschen Regierung direct und ohne christliche Vermittelung geführt werden? Die von den Ultramontanen geforderte Revision oder gar Aufhebung der Reichsrechte kann es nicht sein, denn so sicher ist Fürst Bismarck des Sieges bei den bevorstehenden Landtagswahlen doch nicht, daß er derartige Versprechungen machen könnte. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß es sich zunächst um eine Angelegenheit handelt, bei deren Regelung der preussische Landtag nicht mitzureden kann, nämlich um die Bestellung eines päpstlichen Kantikus am Berliner Hofe. Fürst Bismarck hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er die Ernennung eines solchen Kankigern sehr sehen würde, und was die Curie betrifft, so ist diese ihrerseits davon überzeugt, daß von einer strengen Anwendung der Culturkampfsche keine Rede mehr sein kann, wenn erst ein Kantikus in Berlin ist. Der gesuchte modus vivendi wäre mit

der bloßen Anwesenheit eines solchen gefunden. Eine andere Frage freilich ist es, ob sich die öffentliche Meinung Preussens und Deutschlands so leicht dazwischen finden würde.

Die ausführlicheren Berichte über eine Rede, in welcher einer der hervorragenden national-liberalen Seceffionisten, Dr. v. Schenk, seinen Austritt aus der fraction vor seinen Wählern in Ost zu rechtfertigen gesucht hat, haben in national-liberalen Kreisen eine gewisse Entrüstung hervorgerufen. Herr v. Schenk will nämlich den Gedanken einer Scheidung nach dem Bantel bei Gelegenheit des Städtetags gefaßt haben und äußert sich darüber folgendermaßen: Als jener unglückselige „mittelalterliche“ Ras, der einem „idealistischen“ Kopfe (Hordenbel!) entstammte, von der Nothwendigkeit eines neuen Klassenkampfes erhoben wurde, da habe er (Schenk) sich zum ersten Mal sagen müssen, daß er einer Partei, die solchen Mann zum Führer habe, nicht angehören dürfe, möge dieser sogar der Oberbürgermeister von Berlin sein; sicherlich wisse Der nichts von der wirklichen öffentlichen Meinung.

Der mannehr fest constituirte Verein „Concordia“, Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter, zählt bereits über 1000 Mitglieder. Wie demselben früher eine außerordentlich wohlwollende Zuschrift vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe zugekommen ist und die von dem betreffenden Ministerium veranstalteten, auf die Arbeiterfrage bezüglichen Berathungen überlassen worden sind, so liegen neuerdings zwei freundliche Kundgebungen höherer Staatsbehörden vor. Einerseits hat das Reichsstaatsministerium inoffiziell einer an den Verein Concordia gerichteten Zuschrift mit lebhaftem Interesse von der Stiftung und den Bestrebungen des Vereins Kenntnis genommen und die Ueberlassung der amtlichen Arbeiterfragen betreffend den Druckmaschinenamtlich zugefugt, andererseits hat das Reichsstaatsministerium des Innern, Abtheilung für die Wohlwollenden Bestrebungen des genannten Vereins ist gewiß freudig zu begrüßen.

Von dem Minister Rath, der am Sonntag in Wien unter dem Vorsitze des Kaisers stattfand, nahm man an, daß der Ministerwechsel Gegenstand der Beratung gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall. Die Cabinetfrage ist vorläufig als erledigt zu betrachten und wird frühestens wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn der Reichsrath Mitte September zusammentritt. — Eine förmliche „Ente“ bezüglich der Stellung Hohenzwarth's brachte vor einigen Tagen ein sensationell-bekanntlicher Correspondent der fortschrittlichen „Saxer Tagespost“. Derselbe behauptete nämlich, von „einem Briefe“ Hohenzwarth's an einen hervorragenden Parteigenossen Einsicht genommen und darin die Sätze gelesen zu haben, „daß Graf Hohenzwarth niemals in ein anderes als in ein Cabinet Hohenzwarth eintreten werde, da er lieber der Erste in dem Reihen einer Partei, als der Zweite in einem Cabinet sein wolle; ferner daß Graf Taaffe, den man vielfach als einen Verläufer Hohenzwarth's oder, wie die Phrase hieß, als den Johannes des nahenden Messias ansehe, jedenfalls nur ein unfreiwilliger Johannes sein werde.“ Diese Sensationsnachricht hat jetzt durch eine Zuschrift Hohenzwarth's an die „N. Fr. Pr.“ ein Dementi erfahren, das in den härtesten Ausdrücken abgefaßt ist und die Richtigkeit einer derartigen Erfindung entschieden zurückweist. Das neue rumänische Ministerium ist gebildet. Wie es heißt, hat es der persönlichen Einwirkung des Fürsten Karl und großer Mühe

von seiner Seite bedurft, um eine rasche Lösung der Krise zu erzwingen. Man erzählt sogar, es sei ihm dies nur gelungen, weil er mit seiner Abankung drohte. Am Mittwoch wurde in beiden Kammern von der Neubildung des Cabinetes selbst eine Mittheilung gemacht und das Programm des Fürsten zur Verlesung, durch welches die Kammern auf einen Monat vertagt werden. In dem Decrete wird hervorgehoben, daß die Verlegung der Session nothwendig sei, damit sich die Senatoren und die Deputirten von Neuem mit ihren Wählern in Verkehr setzen könnten und damit auch die Regierung mit den auswärtigen Mächten in Unterhandlung treten könne, um eine Lösung herbeizuführen, welche Europa befriedige, ohne die Lebensinteressen des Landes zu gefährden.

Betreffs der Thatsache, daß die von Rußland an Bulgarien geschenkte Donauflotte nach Odessa abgegangen ist, wird jetzt gemeldet, daß hieraus eine Ablehnung des Geschehenes nicht zu folgern sei. Es heißt vielmehr, daß die russische Mannschaft dieser Fahrzeuge in Odessa durch Bulgaren ersetzt werden soll, die in dieser Stadt erst ihre seemännische Ausbildung zu erhalten hätten. Wenn dies geschehen ist, so sollen, wie es heißt, die Fahrzeuge nach Bulgarien zurückkehren und im Dienst des Fürstenthums verwendet werden. Ob ihnen dann der Aufenthalt auf der Donau wird gestattet werden können, steht wohl noch dahin.

Die englische Regierung hat im Ober- und Unterhause einen großen Sieg erfochten, indem sie durchsetzte, daß die samojedische „neuschwänzige Kaye“, d. h. die Prügelstrafe, nach wie vor in der Armee in Wirksamkeit bleiben darf. Gleichwohl ist aber die „Kaye“ doch abgeschafft — schreibt das „Berl. Tagebl.“ dazu und führt fort: Es genügt nämlich, wie bekannt, in England nicht, ein gesetzliches Recht aus dem Papier zu haben, dasselbe muß auch von der öffentlichen Meinung anerkannt und gebildet werden. Diese wird aber jetzt in der in Frage stehenden Sache aufgeregt, und wenn die Agitation, wie wohl erwartet werden darf, bis über die Neuwahlen hinaus unterhalten wird, dann dürften sich, so lange die „cat-o'-nine-tails“ (neuschwänzige Kaye) besteht, noch weniger Recruten finden, als schon jetzt der Fall ist. Es wird seit einiger Zeit beinahe täglich in den Zeitungen constatirt, und erst unlängst wurde es in der Zuschrift „eines Militärs“ an die „Times“ ziffermäßig nachgewiesen, daß das große Vereinigte Königreich, das jeden Augenblick in einem andern Welttheile Krieg führen muß, nicht einmal die Hälfte der ohnedies äußerst geringen ihm zugeschriebenen Armee besitzt, daß ferner diese zumeist aus halbwillkürlichen jungen Reuten, richtiger aus Knaben besteht, die von den Wirtschaftshäusern zusammengetrieben werden, die in der Kaserne und selbst vor dem Feinde, wie jetzt in Afrika, keine Disciplin kennen, fortwährend zu desertiren trachten und zu jeder ernstlichen, anstrengenden Thätigkeit körperlich unfähig erscheinen. So giebt es gegenwärtig, den angeführten Quellen nach, in allen drei Königreichen, die eine Infanterie von 58,000 Mann besäßen sollten, nur 21,950 Mann mit längerer als dreimonatlicher Dienstzeit und die Hälfte davon besteht aus Recruten, die eben von mehreren Monaten eingezogen worden, ferner aus untauglichen, Russlern, Schuhmachern, Schneidern, Officiersdienern und wegen Bergens gegen die Disciplin Befangenen, so daß in Wahrheit sich kaum 10,000 wirkliche, gebildete Soldaten in der im Lande geliebten englischen Infanterie befinden. Ein Regiment, das 58. wäre beispielsweise nicht im Stande, mehr als 100 Mann in Action zu stellen, ein anderes, das 69., nicht mehr als 119 Mann und im Durchschnitt seines der heimischen Regimenter mehr als 200 Mann, statt der vorgeschriebenen 480. Die für den auswärtigen Dienst bestimmten 15 Regimenter sollten zusammen 12,960 Mann aufweisen; da aber auch bei diesen starke Mängel vorkommen, wird im Bedarfsfälle zu ihnen „volunteers“, das heißt, die brauchbaren, die älteren Soldaten der für den inneren Dienst bestimmten Armee lassen sich